

# NZZ am Sonntag

## Wettbewerbsrecht

### Das Kartell der Interessenvertreter

In der Schweiz wacht eine Kommission über den wichtigsten, kraftvollsten Mechanismus der Marktwirtschaft: den Wettbewerb. Zwölf Köpfe der Wettbewerbskommission entscheiden, ob und wann Marktmacht missbraucht wird. Einer davon ist Geschäftsführer der «Interessengemeinschaft Agrarstandort Schweiz» und Anwalt des Bauernverbands. Er wird ergänzt durch den Ressortleiter des Gewerbeverbandes, den Ökonomen des Gewerkschaftsbundes und mehrere Professoren. Der Bundesrat wollte die Kommission - sie ist Untersuchungsbehörde und Richter zugleich - auf fünf Mitglieder verkleinern und die Interessenvertreter verabschieden. Die Vorlage sah noch ein paar Dinge mehr zur Belebung des Wettbewerbs vor. Der Nationalrat wollte diese nicht einmal diskutieren - und lehnte ein Eintreten mit 99 zu 80 Stimmen ab. Das Kartell der Interessenvertreter aus SVP, BDP, Teilen der CVP, Grünen und Gewerkschaftern hat sich durchgesetzt. Sie haben ihren konkreten Nutzen - Macht, Geld, Einfluss - vor Augen, während die positive Wirkung des Wettbewerbs diffus und breit verteilt anfällt. Mit dem Argument, Arbeitsplätze zu erhalten, werden ineffiziente Strukturen geschützt, finanziert von den Konsumenten. Sie reagieren auf ihre Weise: Der Einkaufstourismus wird dieses Jahr auf gegen 10 Milliarden Franken ansteigen. (dah.)

## Weltbevölkerung

### Bildung ist das allerbeste Verhütungsmittel

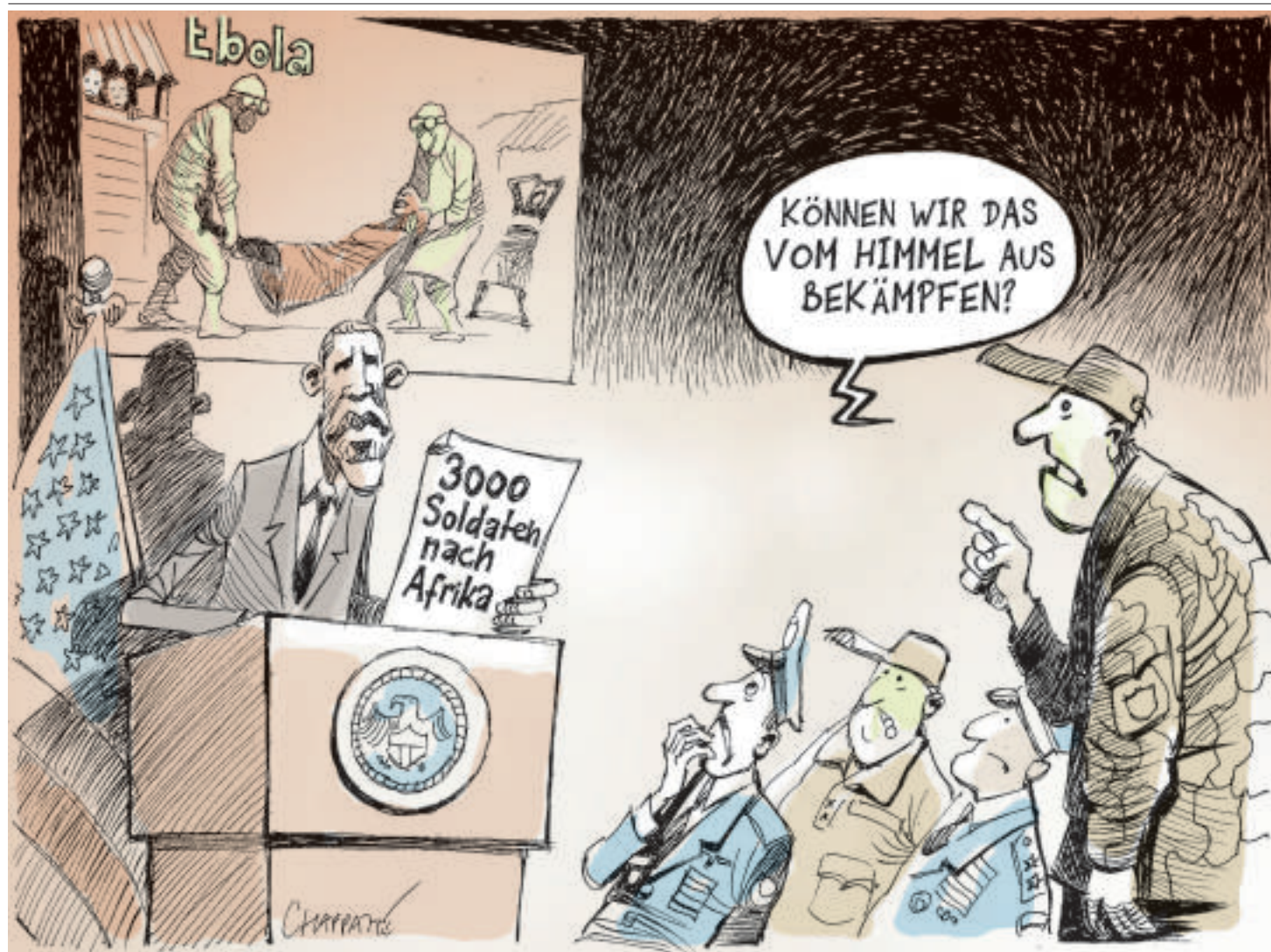
In den allermeisten Ländern der Erde bringen Frauen heute weniger als die durchschnittlich 2,1 Kinder zur Welt, die es für den zahlenmässigen Erhalt einer Gesellschaft braucht. Das gilt nicht nur in Industrieländern, sondern überall dort, wo der Bildungsstand der Gesellschaft einen bestimmten Grad erreicht hat, etwa auch in Nicaragua, Vietnam oder Iran. Experten sahen deshalb bis vor kurzem die Weltbevölkerung von heute 7 Milliarden bis zum Jahr 2070 auf 9 Milliarden wachsen und danach sinken. Diese Woche haben sie aufgrund von präziseren Methoden ihre Prognose korrigiert. Sie nehmen jetzt an, dass die Zahl der Menschen auf der Erde bis zum Jahr 2100 - ein heute in der Schweiz geborenes Kind wird das noch erleben - auf über 12 Milliarden steigen wird. Dieses zusätzlich prognostizierte Wachstum wird laut den Prognosen fast nur im subsaharischen Afrika stattfinden, wo die Zahl der Menschen von heute 1 auf 4 Milliarden steigen wird. Kann man etwas dagegen tun? Ja. Man weiss, dass die Geburtenzahl in einem Land immer dann zurückgeht, wenn die Kindersterblichkeit sinkt und die Alphabetisierung, vor allem die Alphabetisierung von Mädchen und Frauen, steigt. Hier setzt kluge Entwicklungspolitik an. (tis.)

## Grossbritannien

### Camerons Stern sinkt

David Cameron, einstiger Hoffnungsträger der britischen Tories, kämpft zunehmend um das politische Überleben. Daran ändert sein Sieg im Referendum um Schottland nichts - im Gegenteil. Denn er hat zuerst die Abstimmung unterschätzt, sie strategisch falsch aufgleist, um dann - unter dem Eindruck von Umfragen - in Panik den Schotten in letzter Minute viele Versprechungen zu machen. Diese werden in Grossbritannien eine heftige Debatte um einen fundamentalen Umbau der Staatsstrukturen auslösen. Das wollte Cameron nie, so wenig, wie er die Mitgliedschaft seines Landes in der EU infrage stellen wollte, es aber durch sein Agieren so weit brachte. Für seinen parteiinternen Rivalen Boris Johnson, Bürgermeister von London, läuft es gut. (fem.)

## Chappatte



## Der externe Standpunkt

# Sprachaustausch muss für Schweizer Schüler obligatorisch werden

Eine Sprache lernt man am besten dort, wo sie gesprochen wird. Ein mehrsprachiges Land wie die Schweiz sollte darum künftig unbedingt landesweite Sprachtauschen organisieren, meint **Andreas Diethelm**

Was waren das für freudlose Anlässe, diese träge dahinfließenden Französischstunden in der Sek der sechziger Jahre. Der einzige Anreiz, der einen wachhielt, war die Versagensangst. Megafrust kannte ich, lange bevor das Wort in die Trivialsprache Einzug hielt. Erst der einjährige Welschlandaufenthalt im Anschluss daran öffnete mir Ohren und Mund, Französisch wurde vom Frust zur Lust. Fortan ging ich nur noch so an neue Sprachen heran. Und mit jedem Erfolgserlebnis wurde die Frage drängender: Wann merken das auch die Politiker? Die ereifern sich über das Was und das Wann und übergehen dabei das alles entscheidende Wie. Um eine Sprache zu lernen, braucht es - unabhängig vom Alter - ein starkes Motiv. «Das braucht ihr später einmal» gehört nicht dazu. Die von der Lehrkraft ausgehende Faszination kann eines sein. Liebe auf den ersten Blick zwischen verschiedensprachigen Wesen ist ganz sicher ein starkes Motiv. Ein *coup de foudre* kann aber nur einschlagen, wenn die Beteiligten sich treffen.

Die gängige Versuchsordnung des Fremdsprachenunterrichts weist einen entscheidenden Mangel auf. In der biologischen Forschung wird *in vitro*, *in vivo* und *in situ*, also im Reagenzglas, am lebenden Organismus und vor Ort experimentiert, weil man weiss, dass die Ergebnisse unter unterschiedlichen Umgebungseinflüssen unterschiedlich ausfallen können. Was im Umgang mit einfachen Organismen ohne weiteres einleuchtet, müsste eigentlich auch im Falle unserer eigenen Spezies und erst recht bei einer so komplexen Sache wie dem Spracherwerb gelten. Die Tür zu einer neuen Sprachwelt kann im Schulzimmer aufgestossen werden, hinaustreten müssen die Lernenden selber. Und oft erwacht dieser Wille zum Lernen erst vor Ort.

Für eine zweite Landessprache haben wir drei Generationen von Schulabgängern verloren, die sich im Kontakt mit den *compatriotes* radebrechend durchs Leben stottern

oder ihnen ganz aus dem Weg gehen. Und dies nur, weil ihnen deren Sprache frühzeitig verleidet beziehungsweise weil ihnen der nächstliegende Lernreiz vorenthalten wurde. Kaum ein Ort in der Schweiz liegt mehr als zwei Bahnstunden von der Sprachgrenze entfernt; dennoch haben wir in den vergangenen fünfzig Jahren den obligatorischen Schüleraustausch zum Spracherwerb versäumt. Ein Land, das eine Milizarmee und eine Zivilschutzorganisation unterhalten kann, müsste aber doch über die logistische Kompetenz und die Mittel für die Organisation eines landesweiten Sprachtauschs verfügen. Ein solcher Ortswechsel muss spätestens ein Jahr nach Unterrichtsbeginn erfolgen - bevor der Frust sich festsetzt - und mindestens sechs Wochen dauern. Auf welcher Schulstufe mit welcher Sprache begonnen wird, ist hingegen sekundär.

Es ist ja nicht so, dass bisher kein Sprachtausch stattgefunden hätte. Nur hängt dieser eben noch immer davon ab, ob die

Schülerin oder der Schüler zufälligerweise in der richtigen Gemeinde wohnt, wo die Mittel und der Wille dafür vorhanden sind.

Sprachaufenthalte können auch nicht durch Immersion ersetzt werden, das Zaubermittel und Alleinstellungsmerkmal im Wettbewerb der Gymnasien, also zum Beispiel mit Geschichtsunterricht auf Italienisch wie in Zürich. Das ist ein reizvolles Angebot, aber nicht die Problemlösung. Im klassischen Sprachbad befinden sich nur Immigranten. Die einen nehmen darin Sprache an, andere nicht. Die Kinder aber tun es immer. Sie wollen, sie können sich die neue Welt nicht entgehen lassen: Sie sind motiviert. Umgekehrt funktioniert auf der Primarstufe etwa ein französisches Sprachbad im Turnunterricht nicht. Erstens fehlt das Personal, zweitens fehlt das Wasser. Die Sprache allein ist nur das Badesalz, das Wasser sind die leibhaftigen Romands. Die Bildungspolitik hat also viel Boden gutzumachen. Anstatt mit grossem Aufwand auf Pisa zu reagieren, müssen die Kantone endlich die Praxis in den Fremdsprachenunterricht integrieren.

Schule ist immer eine Zumutung; sie beschneidet junge Menschen in ihrer Freiheit. Andererseits macht sie mehr oder weniger verlockende Angebote und kann die Entfaltung individueller Neigungen unterstützen und fördern. Wir verbringen ein schönes Stück Lebenszeit in Schulzimmern. Eine solche Einschränkung lässt sich nur bei realistischen Erfolgsaussichten rechtfertigen. Bildungspolitische Alibiübungen sind hingegen eine Form psychischen Kindsmisbrauchs. Kein Kind soll seine Zeit für den nationalen Zusammenhalt absitzen müssen.

Unter dieser Prämisse ist das Befeuern eines Sprachenstreits nicht opportun. Qualität und Glaubwürdigkeit des Sprachunterrichts haben Vorrang, nicht der Zeitpunkt seiner Einführung. Der Prozess des Spracherwerbs passt sich nicht politischen Kohäsionswünschen an. Das Bildungsangebot muss sich der Natur der Menschen anpassen, Kohäsion folgt dann automatisch.

### Andreas Diethelm



Andreas Diethelm, 63, ist Biologe und Gymnasiallehrer, er führt eine Umweltberatung in Zürich. 2006 startete er die Nachbarschaftsinitiative Hofgesang. Er ist überzeugt, dass eine breite Allgemeinbildung, musische Fächer eingeschlossen, wichtiger ist als Vertiefung in Mathematik und Naturwissenschaften.